

## Platz der Freiheit symbolisch verteidigt

Am Sonnabend, dem 25. September, hatte die NPD zu einem Aufmarsch unter dem Motto »Todesstrafe für Kinderschänder« aufgerufen. Das Schweriner Bündnis für Demokratie und Menschenrechte hatte sich entschlossen, eine Gegendemonstration zu organisieren. Denn der NPD geht es nicht um den Schutz des Kindes, sondern um plumpen Populismus und Stimmenfang.

R.J.



Peter Templin, Angelika Gramkow, Thomas Mellendorf und viele weitere Linke demonstrierten gegen die NPD.



Feierliche Übergabe der Ehrenurkunde

## Ehrung für Engagement

Aus Anlass des 20. Jahrestages des Blinden- und Sehbehindertenvereins Mecklenburg-Vorpommern e. V. hat der Landesvorstand Mitstreiterinnen und Mitstreiter für ihr ehrenamtliches Engagement zum Wohle blinder und sehbehinderter Bürger ausgezeichnet. Unter den ausgezeichneten die Genossin Anna Brill und der stellvertretende Kreisvorsitzende, Genosse Peter Brill. Beide erhielten die Ehrenurkunde des BSV M-V in Gold. Unter anderem würdigte der Landesvorstand in seiner Laudatio für Peter Brill seinen Einsatz bei der

Vorbereitung und Organisation der Demonstration gegen die Kürzung des Landesblindengeldes im vergangenen Herbst und seine Einsatzbereitschaft im Bundesvorstand seines Berufsverbandes. Auch dort sei er im Interesse blinder und sehbehinderter Menschen tätig. Genossin Anna Brill wurde unter anderem für ihr langjähriges Engagement als Vorsitzende der Kreisorganisation Schwerin des BSV M-V e. V. ausgezeichnet. Auch heute betreut sie die Gruppe »Eltern blinder und sehbehinderter Kinder in M-V«.

## Ein autofreier Sonntag



Auch der Kreisvorsitzende Stefan Schmidt unterstützte den autofreien Sonntag.

Pünktlich 9.30 Uhr eröffnete Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow bei strahlendem Sonnenschein den Fahrradkorso durch die Innenstadt anlässlich des autofreien Sonntags in Schwerin.

Leider war es nicht ganz so, denn statt strahlendem Sonnenschein war Dauerregen die Realität - um so erfreulicher ist es, dass Schwerinerinnen, Schweriner und auch Gäste sich auf den Weg gemacht haben, dafür zu werben, auch mal das Auto stehen zu lassen und das Fahrrad zu benutzen. R.J.

## Das Wort zum Monat

Von  
Stefan Schmidt,  
Vorsitzender  
des Kreisvorstandes  
Schwerin der Partei  
DIE LINKE.



### Ein Kreisparteitag, der motiviert hat

Vor wenigen Tagen fand der erste Kreisparteitag nach meiner Wahl zum Kreisvorsitzenden statt. Er war hauptsächlich dafür angelegt, Delegierte für die Wahl des Landesausschusses zu wählen. Trotzdem wurde es ein lebendiger Parteitag, wie ich ihn in den vergangenen Jahren nur selten erlebt habe. Es wurden Fragen aufgeworfen, die uns oft auch auf der Straße begegnen, und es ist gut, wenn die Fraktion ihre Arbeit und die kleinen, aber nicht unbedeutenden Erfolge unserer politischen Arbeit in der Stadtvertretung hier noch einmal zusammenfassen konnte.

Es ist für unsere weitere Arbeit wichtig, diese Erfolge zusammenzufassen, damit sie in der täglichen Arbeit nicht in Vergessenheit geraten. Genauso wichtig ist es, immer wieder deutlich zu machen, wo die Ursachen für die Probleme unserer Stadt insbesondere in der bundes- und landespolitischen Schwerpunktsetzung liegen. Gerade in den letzten Monaten haben die politischen Diskussionen und Ereignisse gezeigt: Eine starke LINKE in unserem Land ist wichtiger denn je. Mit dem sogenannten Sparpaket, der geplanten Gesundheitsreform und der neuen Be-

rechnung der Hartz-IV-Sätze findet derzeit der größte Angriff auf den noch verbliebenen Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 20 Jahren statt. Auch die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, der Umbau der Bundeswehr und der Umgang mit Gegnern des Großprojektes Stuttgart 21 und mit Hamburger Demonstranten, die gegen den Wohnungsnotstand auf die Straße gehen, zeigen, was die herrschenden Parteien von nachhaltiger Entwicklung halten und wie ihr Verständnis von demokratischer Gestaltung einer Gesellschaft aussieht. Viele Gruppen und Bündnisse haben in den letzten Monaten begonnen Widerstand gegen diese Politik zu organisieren. Nahezu täglich können wir uns an Aktionen gegen das eine oder andere Einzelthema beteiligen. Diese vielen Veranstaltungen wirken im Moment, so mein Eindruck, aber eher zermürend und kaum ein Bündnis scheint in der Lage, überregional den notwendigen massiven außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren.

Um dies zu erreichen, müssten die vielen aufgeworfenen Themen im Gesamtkontext betrachtet und bekämpft werden und als Alternative eine grundlegend basisdemokratisch organisierte Gesellschaft mit der Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen entwickelt werden. In diesem Zusammenhang ist die derzeitige Programmdiskussion in unserer Partei ein wichtiger Baustein, um Widerstand zu organisieren.

Aber jede Idee, die wir in unserem Programm formulieren, lebt von den Menschen, die diese Idee verkörpern und die schon heute versuchen, ihr Leben und politische Entscheidungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Wenn wir eine neue Gesellschaftsstruktur wollen, brauchen wir als Grundlage dazu eine

neue Lebenskultur. Nur mit Hilfe einer gemeinsamen Kultur, in der sich die wirkenden Personen mit gegenseitigem Respekt in einem offenen Diskussionsprozess begegnen, kann eine neue Gemeinschaft entstehen, die durch die gesellschaftliche Entwicklung in den letzten 20 Jahren zerstört wurde.

Diese Kultur darf sich aber nicht nur auf das politische Wirken beschränken – der persönliche Lebensalltag muss Teil dieser Kultur werden, um der fortschreitenden Vereinzelung der Menschen entgegenzuwirken. Eine solche Kulturentwicklung braucht auch Räume, in der sie möglich ist. In der Schweriner Weststadt wurde am 9. Oktober eine Projektwerkstatt eröffnet, die sich dafür anbietet. Initiiert wurde dieses Gemeinschaftsprojekt von einer Basisorganisation unserer Partei.

Inzwischen haben sich verschiedene Vereine und Verbände zusammengefunden, um diesen Gedanken gemeinsam zu tragen. Dazu gehören insbesondere die VVN-BdA, die AG Junge Genossinnen und Genossen, die Ost-europa-Freundschaftsgesellschaft und Die Bunten.

Mir ist bekannt, dass dieses Projekt von einigen Genossinnen und Genossen sehr kritisch gesehen wird, und ich finde das gut so. Diese kritische Betrachtung gibt uns die Möglichkeit Ideen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Auch dies kann und sollte ein Bestandteil unserer Programmdiskussion sein. DIE LINKE nicht ausschließlich als Partei im herkömmlichen bürgerlichen Sinn, sondern DIE LINKE als soziale Bewegung, als Begegnungsstätte für Menschen, die sich gegenseitig bei verschiedenen Problemen helfen wollen – eben gelebte Solidarität.

Mit solidarischen Grüßen  
Stefan Schmidt

## Einladung zum Bürgerforum

Am 2. November 2010 um 18.00 Uhr findet im Stadtteiltreff »Eiskristall« am Berliner Platz – Neu Zippendorf ein Bürgerforum zu dem Thema:

### Das Sparpaket – eine Mogelpackung?

statt. Das Regionale Aktionsbündnis gegen das Sparpaket will gemeinsam mit den Bundestagsabgeordneten Hacker / SPD, Mohnstadt / CDU, K. Strenz / CDU, M.Bunge / Linke, Dr. D. Bartsch / Linke ins Gespräch kommen und deren Positionen bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag erfahren. Wir laden Sie recht herzlich ein.

## DIE LINKE trägt den Verwaltungsvorschlag zur Konsolidierung bei der Hortbetreuung nicht mit

»Die Linksfraktion hat sich in ihrer letzten Fraktionssitzung mit den Vorschlägen der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung beschäftigt. Die Vorschläge der Verwaltungsspitze zur Konsolidierung des Haushaltes kann ich nur als Beweis dafür gelten lassen, wie kompliziert die Haushaltslage dieser Stadt ist«, so Peter Brill, jugendhilfepolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Die Diskussion in der Fraktion habe gezeigt, »dass der Verwaltungsvorschlag, die Hortbetreuung mit dem Erreichen des zehnten Lebensjahres nicht

mehr zu ermöglichen, auf eine breite Ablehnung stößt«. Das neue Kita-Gesetz legt fest, dass die Betreuung ab dem Erreichen des zehnten Lebensjahres rechtlich nicht mehr notwendig ist. Dies gehe jedoch an der Lebenswirklichkeit weit vorbei. Peter Brill, der auch Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses ist, weiter: »Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann kein Schlagwort sein. Wenn Schwerin kinder- und familienfreundlich sein will und Förderung von Frauen und insbesondere junger Mütter ernst meint, muss die Umsetzung dieses Vorschlages verhindert

werden. Daher lehnt die Linksfraktion diesen Vorschlag ab. Hinzu kommt, dass Kinder individuell sehr verschieden in ihrer Entwicklung sind. Eine pauschale Begrenzung im Sinne des Alters eines Kindes ist daher nicht sinnvoll. Auch aus diesem Grunde spricht sich die Linksfraktion dafür aus, Grundschulern wie bisher üblich, den Hortbesuch bis zum Ende der vierten Klasse zu ermöglichen. Schließlich werden im Hort auch soziale Kompetenzen vermittelt, die Grundlage für das gesamte weitere Leben der Kinder sind.«

Peter Menzlin  
Fraktionsgeschäftsführer



Rund 30 Teilnehmer bei reger Diskussion über den Programmentwurf

## Programmdiskussion in der Weststadt

In einer Mitgliederversammlung der Basisorganisation 103 des Kreisverbandes Schwerin mit Gästen aus der Weststadt (etwa 30 Teilnehmer) wurde mit dem Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklen-

burg-Vorpommern, Helmut Holter, eine Programmdiskussion veranstaltet. Aus der Diskussion wird folgendes hier wiedergegeben, was nicht unbedingt die einheitliche Meinung der Diskussionsrunde darstellt.

Der Programmentwurf sollte in den Grundanliegen nicht in Frage gestellt werden. Er spiegelt die Verfasstheit der Partei wieder, ist ein Kompromiss mit der Konzentration auf das Gemeinsame. Darum sollte auch weiterhin gerungen werden, ohne den Entwurf zu verlängern. Den »Rucksack« der unterschiedlichen Geschichte haben alle in der LINKEN zu tragen. Die Mitglieder der (neuen) LINKEN in den alten Bundesländern die DDR-Vergangenheit und die Erfahrungen aus der Zeit von 1989 bis heute – der Schritt zur Volkspartei.

Ebenso die »Ost«-LINKEN die Geschichte und Erfahrungen aus der alten Bundesrepublik. Die Diskussion miteinander ist weiter zu fördern, so wie sie auf den gemeinsamen Regionalkonferenzen zum Programmentwurf schon entstanden ist.

### Zum Abschnitt I des Programmentwurfes – Woher wir kommen...

Dieser Abschnitt sollte wissenschaftlich fundiert sein und auch die historische Phase von 1945 bis 1952 beleuchten. Aus den Erfahrungen des Hitlerfaschismus und

des Krieges heraus wollte die Bevölkerung des Landes ein demokratisches, antifaschistisches und einheitliches Deutschland.

Im Programmentwurf ist bei der Vereinigung von SPD und KPD zur SED von Zusammenschluss unter Druck die Rede. Das nähert sich der Behauptung von Zwangsvereinigung. Es ist kompliziert und gefährlich, komplexe Prozesse in ein Wort zu fassen. Es gab regionale Unterschiede. Für manch einen war es gefühlt eine Zwangsvereinigung. Daher empfiehlt es sich AUCH von Druck zu sprechen.

Der zitierte Bruch mit dem Stalinismus als System müsste im Entwurf inhaltlich mehr untersetzt werden. Das gilt auch für die missbräuchliche Auslegung. Man kann nicht - wie das immer häufiger geschieht - den deformierten Sozialismus mit dem Gesamtsystem des realen Sozialismus mit seinen Widersprüchen gleichsetzen. Wer - wie das Forum demokratischer Sozialisten - die stärkere Behandlung der Widersprüche des Kapitalismus im Entwurf fordert, muss diese marxistische Analyse auch der Geschichte der DDR zu Grunde legen. Die vom Forum vorgeschlagenen sieben Punkte einer nur Negativbilanz der DDR entspricht nicht diesen Anforderungen.

In der Diskussion wurde die interessante Frage aufgeworfen: Was für ein Sozialismus des 21. Jahrhunderts wollen wir? Er wird vielschichtig sein, deshalb ist eine Antwort der Unterschied zum Sozialismus des vergangenen Jahrhunderts, aber auch die Übernahme von bewährten Errungenschaften und Erfahrungen.

### Kriterien zur Regierungsbeteiligung

Positiv wurde angemerkt, dass im Programmentwurf Kriterien für eine mögliche Regierungsbeteiligung verfasst wurden. Bei diesen Kriterien sollte bei der programmatischen Aussage die Durchführbarkeit (praktische/pragmatische Politik) bedacht werden. Im Vordergrund muss immer die Chance auf eine Veränderung der Verhältnisse stehen. Unterstützt wurde, dass im Entwurf Auslandseinsätze der Bundeswehr auch unter UN-Mandat abgelehnt werden. Eine Regierungsbeteiligung müsste dem Rechnung tragen. Dies schließt aber im Umkehrschluss eine Koalition auf Landesebene nicht aus.

## Diskursethik, Probleme der Integration

Zur Diskussion Sarrazin – Von Prof. Rudolf Rochhausen

Bei einem Urlaub in Tunesien hatten wir einen sehr gut deutsch sprechenden Reisebegleiter. Er hatte Germanistik studiert. Es entwickelte sich ein persönlicher Kontakt. Er sprach von seiner Familie und den drei Frauen, die er geheiratet hat und die er innig liebt. Er war besonders stolz darauf, dass er von jeder seiner Frauen ein Kind hatte. Seine Schlussfolgerung: »Andere Länder, andere Sitten«. Damit hat er ein Problem angesprochen, dass die Sprache nicht ausreicht, um die Sitten eines Landes zu verändern.

Stellen wir uns zwei Diskussionspartner vor, einen ausgezeichnet deutsch sprechenden Moslem und einen Deutschen. Obwohl z.B. der Araber perfekt deutsch spricht, reden sie aneinander vorbei. Warum? Es sind zwei Menschen mit einer unterschiedlichen Diskursethik. Im arabischen Raum ist die Entwicklung des Denkens in der europäischen Aufklärung unbekannt. Schon darin zeigt sich, dass der Erkenntnistheorie beider Diskussionspartner unterschiedlich ist. Ich verstehe unter Erkenntnistheorie das in jahrhundertelanger

Entwicklung gewachsene Wertesystem einer Kulturgemeinschaft. Als Ereignisprozess kann dieser Erkenntnistheorie auch als ein sehr komplexes Gewebe von Handlungskoordinationsabläufen verstanden werden.

Die Europäische Aufklärung wird in Deutschland durch Immanuel Kant eingeleitet. Es ist seiner Meinung nach »das Zeitalter der Kritik, der sich alles unterwerfen muss, sowohl die Religion als auch die Gesetzgebung ihrer Majestät.« »Habe den Mut, dich des eigenen Verstandes zu bedie-

nen!« Das sind mutige Worte, die der Integrationswillige unbedingt erkennen muss. Zum europäischen Wertesystem gehören vor allem die völlige Gleichberechtigung der Geschlechter, die Gewaltenteilung, Humanismus, Achtung der Persönlichkeit, Gerechtigkeit, Toleranz, Mut zur Wahrheit, Redlichkeit, Freiheit der Persönlichkeit, die aber nicht der Auffassung entspricht, dass ich tun und lassen kann, was ich will, sondern Freiheit ist auch eine Tugend, deren Misswert das Laster ist.

Noch zu einem anderen Problem, das von Sarrazin angesprochen wird. Der britische Aufklärer John Locke sagt aus »Nichts ist (Fortsetzung auf Seite 4)



Henning Foerster berichtet über Arbeit der Stadtfraktion

## Lebhafte Diskussion auf Kreisparteitag

Am 9. Oktober 2010 fand ein Kreisparteitag der LINKEN Schwerin in den »Ritterstuben« statt. Neben der Wahl der Kandidaten zur Delegiertenwahlkreis-konferenz Westmecklenburg fand eine lebhafteste Debatte zur politischen Situation in Schwerin mit einer LINKEN Oberbürgermeisterin statt. Der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Henning Foerster berichtete über die zurückliegende Arbeit der Stadtfraktion und setzte gleich Schwerpunkte für die kommende Haushaltsdiskussion.

Mit einem Antrag zum Schwimmhallenneubau stellte sich die Partei DIE LINKE hinter ihre Oberbürgermeisterin: »Die LINKE Schwerin unterstützt die Idee eines Schwimmhallenneubaus. Dabei befürworten wir den Standort Großer Dreesch. Für diesen Standort sprechen die sehr gute Erreichbarkeit mit Bahn, Bus und PKW, die vorhandene Fläche für zwei Schwimmbecken und bei weitem nicht zuletzt die Möglichkeit der Förderung aus Stadtbaufördermitteln. Die Bemühungen der Fraktion DIE LINKE um eine sachliche Lösung für eine Schwimmhalle in der Landeshauptstadt Schwerin finden unsere Unterstützung. Der Kreisparteitag fordert die Fraktion auf, auch in Zukunft nicht in ihren Bemühungen nachzulassen.«

Ein zweiter Antrag wurde von Jan Henning, einem Mitglied der Linksjugend [’solid] Schwerin, der auf dem Kreisparteitag auch in die Partei aufgenommen wurde, eingebracht. Der Kreisparteitag möge beschließen, dass ein Antrag mit folgendem Inhalt durch den Kreisverband Schwerin an die Antragskommission des Bundesparteitages und die Programmkommission gestellt wird: »Das im Abschnitt V



Jan Henning von Linksjugend [’solid] Schwerin bringt einen Antrag ein.

›Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft« genannte Kriterium für eine Regierungsbeteiligung, Ablehnung von Privatisierungen, soll wörtlich geändert werden. **Vorher:** ›Sie (Die LINKE) wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen vornimmt, ...‹ **Nachher:** ›Sie (Die LINKE) wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge vornimmt, ...‹

Begründung: Die Linke muss klar sagen, welche Bereiche in staatlicher und welche Bereiche in privater Hand betrieben werden sollen. Zwischen den Extremen, dass alles in privater Hand liegt oder alles vom Staat organisiert wird, wählen wir eine klare Grenze: Die Grenze der Daseinsfürsorge. Die Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hände. Der Staat hält uns die Einrichtungen vor, die wir für ein

sinnvolles Leben brauchen. Dazu gehören unter anderem die Infrastruktur, weite Teile des Gesundheitswesens und Bildungseinrichtungen. Solche Einrichtungen müssen gemeinwohlorientiert arbeiten. Sie müssen für alle Menschen bezahlbar sein. Private Anbieter dagegen folgen betriebswirtschaftlichen Zielen und Gesetzen. Das Ziel der Gewinnmaximierung lässt sich nicht mit den sozialen Aufgaben der Daseinsvorsorge und den ökologischen Ansprüchen einer nachhaltigen Gesellschaft in Verbindung bringen. Dass der Staat für die Grundversorgung verantwortlich ist, ist wichtig für die Demokratie. Hier muss das Primat der Politik gelten. Nur so können Politiker und Politikerinnen direkt Einfluss auf die Lebensverhältnisse der Menschen nehmen. Wenn alle diese Bereiche privatisiert wären, hätte der Staat kaum Einfluss. Und es gäbe kaum noch einen Unterschied zwischen den verschiedenen Regierungen. Die Politikverdrossenheit wächst weiter. In dem im Antrag genannten Abschnitt des Programmwerfs geht es darum, dass DIE LINKE keiner Koalition beitrifft, die Privatisierungen vornimmt. Diese Aussage ist uns zu unkonkret. Jedes Privatisierungsvorhaben muss kritisch geprüft werden. Aber eine Privatisierung spricht nur gegen Grundsätze der LINKEN, wenn die öffentliche Daseinsvorsorge betroffen ist. Die Privatisierung der Daseinsvorsorge darf nicht der Preis für eine Regierungsbeteiligung sein. Eine Privatisierung, die nicht den Bereich der Daseinsvorsorge betrifft, ist kein zwingender Grund, eine linke Regierungsbeteiligung abzulehnen. Diesen Ansatz wollen wir mit unserem Antrag deutlich machen.

## Diskursethik, Probleme der Integration

(Fortsetzung von Seite 3)

im Verstand, was nicht vorher in den Sinnen!« Leibniz hat diesen Satz im Original unterstrichen und eine Randbemerkung gemacht »Außer dem Verstande!« Er meint damit, dass besonders logisches und mathematisches Denken sowie künstlerische Fähigkeiten wie musikalische Begabung, Malkunst, literarische Fähigkeiten erblich sind. »Vom Vater hab ich die Statur, des Lebens erstes Führen, vom Mütterchen die Frohnatur, die Lust zu Fabulieren.« (Goethe)

Es gibt auch für das Menschsein unwesentliche Erscheinungen, wie Haarfarbe, Augenfarbe, Hautfarbe, Nasenform, Ohrengröße etc. die erblich sind.

Nicht erblich ist auf jeden Fall der Erkenntnis Kern, denn er ist ein Produkt der Erkenntnis von Generationen. Er wird in jeder Generation erweitert gelernt. Wird er als erblich bezeichnet, dann folgt daraus eine solche unsinnige Bemerkung, dass es für das Judentum, Germanentum etc. ein besonderes Gen gibt.

Die Gefahr der Überfremdung im kulturellen Bereich muss ernst genommen werden, wenn auch bei gelungener Integration die Geburtenzahl in Deutschland abnehmen wird. Daher muss im eigenen Bereich eine entschieden bessere Bevölkerungspolitik in Angriff genommen werden. In dieser Hinsicht war die DDR beispielhaft. Wesentlich ist auch eine strengere Auswahl der zu integrierenden. Auch ihr Anfang in neuer Umgebung darf ihnen nicht leicht gemacht werden.

Es soll nicht unbedingt der amerikanische Weg der Integration beschritten werden – die Einreisenden bekamen bekanntlich keinen Cent. Sie mussten die niedrigsten Arbeiten annehmen oder das Land wieder verlassen.

Etwas härtere Bedingungen würden auch bei uns nicht schaden.



Durchgangslager Berlin-Wilhelmshagen, Dezember 1942.



IG Farben, Baustelle Auschwitz 1943.

## Ausstellung zur Zwangsarbeit

Das Jüdische Museum zeigt in Berlin die Ausstellung  
»Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg«

Mehr als 20 Millionen Männer, Frauen und Kinder aus ganz Europa wurden im faschistischen Deutschland verschleppt oder wurden in von der Wehrmacht besetzten Gebieten zur Zwangsarbeit gezwungen. Darüber berichtet eine Ausstellung, die von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« initiiert und gefördert und von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Dora kuratiert wurde. Die Programmdirektorin des Jüdischen Museums, Cilly Kugelmann, nennt sie die wichtigste Ausstellung nach der Wehrmachtsausstellung. Zu Recht, denn die Ausstellung richtet den Blick auf ein lang verschwiegenes Verbrechen, das vor aller Augen stattfand. Während viele Deutsche nach dem Krieg von den KZ nichts gehört haben wollten, fand die

Zwangsarbeit von Millionen Menschen unter aller Augen statt. Mehr als 2,7 Millionen Zwangsarbeiter kamen dabei ums Leben. Die anderen mussten nicht selten mit der Erkenntnis leben, durch die Zwangsarbeit ihr eigenes Schicksal als Arbeitssklaven der Nazis verlängert zu haben. Im zerstörten Minsk etwa unterhielt Daimler-Benz einen Reparaturbetrieb und im Flugzeugmotorenwerk München Allach waren gegen Kriegsende neunzig Prozent der Beschäftigten ausländische Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge. Dabei unterlagen die Zwangsarbeiter selbst einer perfiden rassistischen Hierarchie, wie die Ausstellung deutlich macht. Entsprechend der Rassentheorie der Nazi-Ideologie standen Zwangsarbeiter aus Westeuropa

oben in deren Rassen-Hierarchie. Ganz unten rangierten als »slawische Untermenschen« Russen, Polen und Ukrainer. Sie mussten bei kleinsten Vergehen mit drakonischen Strafen rechnen. Die Ausstellung zeigt die Hinrichtung eines Zwangsarbeiters in Bayern, die zur Abschreckung anderer Zwangsarbeiter genutzt wurde. Nichtarbeitsfähige Kriegsgefangene hätten zu verhungern, wird Generalquartiermeister Eduard Wagner 1941 zitiert. An der untersten Stufe des rassistischen Weltbildes der Nazis standen Juden, Sinti und Roma, die nicht selten mit der Zwangsarbeit der bereits staatlich beschlossenen Vernichtung vergeblich zu entgehen suchten. Die Ausstellung bringt eine überraschende Zahl von Fotodokumenten an den Tag, die in ihren histori-

schen Kontext eingebettet werden und zugleich die Würde der Opfer wahren. Besondere Aufmerksamkeit legt die Ausstellung auf die Beziehung der Deutschen zu den Zwangsarbeitern. Sie zeigt, dass Deutsche sich entscheiden mussten, wie sie den Zwangsarbeitern entgegen treten sollten: mit der Unerbittlichkeit und Kälte einer rassistisch motivierten Ideologie oder mit einem Rest an Mitmenschlichkeit. Wie die Deutschen von diesem Handlungsspielraum Gebrauch machten, zeigt zugleich die Anziehungskraft der NS-Ideologie. Mit der Ausstellung wird deutlich gemacht, dass Zwangsarbeit nicht bloß die Begleiterscheinung eines Regimes war, sondern ein Gesellschaftsverbrechen ist. In 60 Fallgeschichten von der entwürdigenden Arbeit politisch Verfolgter in Chemnitz bis zur mörderischen Sklavenarbeit von Juden im besetzten Polen wird das persönliche Schicksal der Opfer dem Publikum emotional nahe gebracht. Von 2000 bis 2007 hat die Zwangsarbeiter-Stiftung insgesamt 1,7 der 20 Millionen ehemaligen Zwangsarbeiter entschädigt, wobei sowjetische und italienische Kriegsgefangene leer ausgingen. Zu den Stärken der Ausstellung gehört, dass sie dem Versuch einer Selbstbeweihräucherung im jahrzehntelangen Streit um den Umgang mit den Zwangsarbeitern nicht nachgibt. Sie dokumentiert hingegen akribisch den mühsamen Streit um die Anerkennung der Zwangsarbeit als Verbrechen und um die Entschädigung der Zwangsarbeiter. Einem polnischen Zwangsarbeiter hatte das Oberlandesgericht München 1959 bescheinigt, dass die »Heranziehung zur Arbeit« auch außerhalb der Heimat »noch kein Eingriff in die Sphäre der Menschenwürde zugrundeliegenden Persönlichkeitsrechte« sei. Auch daran erinnert das als Wanderausstellung konzipierte Projekt die Besucher. **Axel Holz**



Daimler-Werk Minsk, September 1942.

# Keine faulen Kompromisse bei der Neuregelung von Hartz-IV

## SPD steht im Bundesrat in der Verantwortung

Die von der Regierung Merkel/Westerwelle beschlossenen Neuregelungen zu Hartz IV sind ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen. Es reicht jetzt nicht aus, wenn die Landessozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern und stellvertretende Parteivorsitzende der SPD, Manuela Schwesig, scharfe Kritik an der Bundesregierung übt, die SPD auf Bundesebene sich aber letztlich wieder einmal auf faule Kompromisse zu Lasten der Hartz-IV-Empfänger einlässt. Dann wäre die SPD einmal mehr nicht glaubwürdig. Nun ist auch die SPD auf Bundesebene gefordert. Sie muss ihre Zustimmung im Bundesrat konsequent verweigern, solange es nicht zu einer deutlichen Erhöhung der

Regelsätze für Kinder und Jugendliche kommt. Wir möchten daran erinnern:

Die große Koalition aus SPD und CDU/CSU hat es vier Jahre nicht geschafft, ernsthafte Verbesserungen für Hartz-IV-Bezieher und Geringverdiener durchzusetzen. DIE LINKE wird weiterhin genau beobachten, wie sich die SPD im Bund verhält und ob sie zu einer sozialen Politik zurückgekehrt ist. Derzeit leben mehr als 2,5 Millionen Jungen und Mädchen in Deutschland auf Armutsniveau. Für eines der reichsten Länder der Welt ist dies ein Skandal. Die Politik muss diesen Zustand mit allen Mitteln überwinden.

Die geplanten Gutscheine für das sogenannte Bildungspaket sind

stigmatisierend und helfen den Familien nicht weiter. Fünf Euro mehr für Erwachsene und keinen Cent mehr für Kinder und Jugendliche haben mit dem im Grundgesetz verankerten menschenwürdigen Existenzminimum nichts zu tun.

DIE LINKE will den Hartz IV-Regelsatz auf 500 Euro anheben sowie eine jährliche Anpassung an die Preisentwicklung. DIE LINKE will die Kosten für Bildung und Teilhabe von Kindern direkt auf den Regelsatz aufschlagen und als Geldleistung auszahlen, denn Eltern aus Hartz-IV-Familien dürfen nicht bevormundet werden.

**Heidrun Bluhm, MdB  
Dr. Martina Bunge, MdB  
Dr. Dietmar Bartsch, MdB  
Steffen Bockhahn, MdB**

## Landesregierung jetzt auch Opposition?

Der CDU-Innenminister Lorenz Caffier kritisierte heute die Bundesregierung für ihren Umgang mit den Kommunen. Die SPD-Sozialministerin Manuela Schwesig beschwerte sich erneut über Hartz-IV.

Die Landesregierung hat den Kommunen in diesem Jahr 200 Millionen Euro weggekürzt. Damit verschärfte der Innenminister Caffier die Notlage der Städte und Gemeinden in nie dagewesener Art und Weise. Sich nun kritisch über den Umgang der Bundesregierung, die von seiner Partei geführt wird, zu beschweren, ist scheinheilig. Caffier könnte den Kommunen helfen, wenn er nur

wollte. Sein Agieren ist nichts anderes als scheinheilig. Den schwarzen Peter weiterreichen zu wollen, lassen wir ihm nicht durchgehen.

Die SPD-Sozialministerin Schwesig bemängelt seit einiger Zeit permanent die Regelungen der Hartz-Gesetze. Mit ihrer Kritik hat sie nicht Unrecht. Sie vergisst dabei, dass es die Gesetze der SPD-geführten Regierung Schröder sind, die sie da angreift. Ihre Forderungen nach kostenfreiem Mittagessen in Kitas und Grundschulen sind ein Witz. Es war ihre SPD-Fraktion, die gemeinsam mit anderen eine Volksinitiative mit dem Ziel, das kostenfreie Mittagessen

einzuführen, abgelehnt hat. Sie könnte als Sozialministerin in unserem Land tätig werden. Aber sie kündigt nur an, statt zu handeln. Ministerpräsident SELLERING fordert den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Gleichzeitig nahm er am Großen Zapfenstreich der Bundeswehr teil.

Mehr Zwispaltigkeit als diese Landesregierung kann man kaum bieten. Statt sich als Opposition zur Bundesregierung zu profilieren, sollte die Landesregierung aus CDU und SPD sich lieber um die Probleme Mecklenburg-Vorpommerns kümmern. **Steffen Bockhahn,** Landesvorsitzender

## Koalition schafft »Soziale Stadt« ab

»Es kann nicht sein, dass sich das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung seiner sozialen Verantwortung völlig entzieht und in Zukunft nur noch in Beton statt in die Köpfe der Menschen investiert. Die Konzentration des Bundesprogramms ›Soziale Stadt‹ auf ›investive Maßnahmen‹ bedeutet das Aus für viele Projekte, die sich für die Integration und den sozialen Zusammenhalt stark machen«, so Heidrun Bluhm zur Kürzung der Städtebauförderung um 155 Millionen Euro, die kürzlich im Bauausschuss beschlossen worden ist.

»Das Programm ›Soziale Stadt‹ gab den Kommunen und Stadtquartieren wichtige Impulse für die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung sozial benachteiligter Stadtquartiere. Jahrzehntlang hingenommene gesellschaftliche Fehlentwicklungen und städtebauliche Vernachlässigungen konnten in Ansätzen behoben werden. Das Programm verhalf Bewohnerinnen und Bewohnern aktiv Verantwortung für ihren Stadtteil zu übernehmen. Mit den beschlossenen Kürzungen stehen Projekte zur Integration von Migrantinnen und Migranten vor dem Aus. Kommunen werden zukünftig mit diesen Problemen allein gelassen. Die soziale Spaltung der Städte wird sich vertiefen. Das Programm ›Soziale Stadt‹ hat diesen Namen nicht mehr verdient.«

**Heidrun Bluhm**  
Bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

### kommentiert

## 60 Jahre Geschichtsverdrehung und Revanchismus

Vor 60 Jahren wurde die »Charta der Vertriebenen« verabschiedet, ein strategisches Papier der westdeutschen Vertriebenenverbände. Erika Steinbach würdigt in diesem Zusammenhang den Verzicht auf »Rache und Vergeltung« der im Zweiten Weltkrieg am schwersten Betroffenen«. Hier sind nicht etwa die Millionen Eingekerkerten und Mordopfer der Nazis gemeint, sondern diejenigen, die Vertreibung, Zwangsarbeit und Völkermord zusahen und nach den Beschlüssen der Alliierten in Jalta selbst zu Vertriebensopfern wurden. Für die geschichtlichen Umstände dieses Ereignisses hatte sich der

Bund der Vertriebenen nie interessiert. Der Rassenvernichtungskrieg der Wehrmacht gegen die Bevölkerung Osteuropas und der Holocaust wurden verschwiegen oder verharmlost.

Noch bis in die neunziger Jahre stellte Vertriebenen-Vorsitzende Erika Steinbach trotz 2+4-Vertrag und der völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Einigungsvertrag die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges wiederholt in Frage. Auch verschwiegen Steinbach und die Charta-Würdiger die nazistische Vergangenheit zahlreicher Unterzeichner. Zum Autorenkreis der Charta gehörte der

Sprecher der Buchenlanddeutschen Landsmannschaft, SS-Mann Rudolf Wagner. Wagner hatte als SD-Beauftragter der Einsatzgruppe »Serbien« auch am Massenmord an Juden mitgewirkt. Unterzeichner war auch SS-Mitglied Axel de Vries, der als »Sonderführer« bei der Partisanenbekämpfung in Weißrussland tätig und mindestens an einer Judenvernichtungsaktion beteiligt war. Ohnehin scheint das Interesse des Bundes der Vertriebenen an der personellen Verquickung seiner Führung mit Nazi-Funktionären nur gering zu sein. Erst kürzlich erhoben Vertreter von SPD und Grü-

nen Revanchistenvorwürfe gegen die stellvertretenden Mitglieder im Stiftungsrat »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« Saenger und Tölg. Bereits zu Jahresbeginn berichtete der »Spiegel« über eine geschönte Studie des Instituts für Zeitgeschichte zur braunen Vergangenheit von Vertriebenenfunktionären. Betreut hatte die Studie Manfred Knittel, Direktor der Vertriebenenstiftung. Mit solch personeller Kontinuität und Geschichtsvergessenheit lassen sich Versöhnungsabsichten nur schwer vermitteln und die Bedenken der deutschen Nachbarn kaum ausräumen. **Axel Holz**



Dr. Martina Bunge erklärt das Alternative Modell der LINKEN.

## Informationsveranstaltung zur Gesundheitsreform

Am 22. September lud die Partei DIE LINKE Schwerin in die Kantine der Gaststätte »Ritterstuben« ein. Als Gastrednerin erklärte die Bundestagsabgeordnete Dr. Martina Bunge den Anwesenden die Grundzüge der unsozialen Gesundheitsreform der Bundesregierung und anschließend das Alternative Modell der LINKEN. Der Protest gegen die Reform wird von der LINKEN auch in Schwerin auf die Straße getragen, gemeinsam mit ver.di, dem DGB und dem Aktionsbündnis zur Sicherung des Sozialstaates. Wir rufen dazu auf, die Aktion »Wir geben das letzte Hemd« am 4. November 2010 um 18 Uhr am Marienplatz zu unterstützen.

## Klimaschutzkosten nicht auf Mieter abwälzen

Den Herausforderungen des Klimaschutzes auf Kosten der Mieter zu begegnen, ist unsozial und ungerecht angesichts der Pläne der Bundesregierung zur Änderung des Mietrechts. Klimaschutz und energetische Gebäudesanierung sind wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Die Kosten dafür dürfen nicht einseitig auf die Mieter abgewälzt werden.

Schwarz-Gelb will die Mieterrechte einschränken und Mieter künftig stärker belasten. Selbst wenn Heiz- und Betriebskosten nach einer Sanierung nicht sinken, sollen Hausbesitzer die Kosten auf die Miete umlegen dürfen. Darüber hinaus sollen Vermieter ein

außerordentliches Kündigungsrecht erhalten. Eine solche Einschränkung der Mieterrechte wird DIE LINKE nicht hinnehmen. Wenn der Wohnwert einer Wohnung durch Baumaßnahmen erheblich eingeschränkt wird, muss der Mieter dafür entschädigt werden.

Schon heute liegt der Anteil des Haushaltseinkommens, der für das Wohnen ausgegeben wird, bei Geringverdienern bei bis zu 50 Prozent. Wenn jetzt noch die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen einseitig bei den privaten Haushalten abgeladen werden und die Wohnungswirtschaft außen vor bleibt, wird eine moderne Wohnung zum

Luxusgut. Verschärft wird das noch durch die Streichung der Heizkostenzuschüsse des Bundes. Energetische Gebäudesanierung muss sozial verträglich gestaltet werden, Härtegründe der Mieter müssen berücksichtigt werden. Energetische Sanierung des Wohnungsbestands als Beitrag zum Klimaschutz ist unerlässlich. Das erfordert aber zu allererst ein langfristiges und verlässliches staatliches Investitionsprogramm, so dass die Lasten der Sanierung gleichmäßig verteilt werden.

Mieterrechte mit dem Hinweis auf Mietnomaden einzuschränken, ist unredlich. 38 Millionen Mietwohnungen stehen 0,02 Prozent Miet-

nomaden gegenüber. Hier wird eine kleine kriminelle Gruppe als Alibi herangezogen, um die Situation für alle Mieter einzuschränken. DIE LINKE hat für die nächste Sitzungswoche des Bundestags einen Antrag mit dem Titel »Grundrecht auf Wohnen sozial, ökologisch und barrierefrei gestalten« eingebracht. Ziel ist es, ein Recht auf eine menschenwürdige Wohnung und das Recht auf Versorgung mit Wasser und Energie gesetzlich zu garantieren.

**Heidrun Bluhm**

Bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion  
DIE LINKE

Der Polemik-Vorwurf des CDU-Landesvorsitzenden und Innenministers des Landes an DIE LINKE wegen ihrer kritischen Haltung zum Zapfenstreik der Marine in Rostock ist eine auf falschen Behauptungen beruhende und daher wirkungslose Agitation. Die Feststellung, dass die LINKE wieder einmal versuche, die Soldaten in Misskredit zu bringen, ist falsch und wird auch nicht wahrer, wenn man sie mangels überzeugender Argumente immer wieder behauptet. Caffier blendet in seiner Kritik bewusst aus, dass die Debatte zur Arbeit der Jugendoffiziere der Bundeswehr an den Schulen des Landes

## Wirkungslose Agitation

nicht von der LINKEN initiiert wurde, sondern vom Koalitionspartner SPD. Schließlich war es der Ministerpräsident SELLERING selbst, der Bildungsminister TESCH wegen der Unreife des Kooperationsvertrages zurückgepfiffen hat. Der LINKEN die Schuld daran zu geben, ist ein glatter Fehlschuss.

Noch abenteuerlicher ist die Unterstellung, dass die Haltung der LINKEN die Standortfrage der Bundeswehr im Zuge der Strukturreform beeinflussen würde. Caffier weiß sehr wohl, dass der Auftrag

und die Einsatzbedingungen der Bundeswehr die Standortentscheidung beeinflussen und nicht etwa Proteste gegen öffentliche Rituale der Armee.

Hätte die CDU bei der letzten Bundeswehrstrukturreform 2001 / 2002 das Sagen im Land gehabt, wären die Standorte auch geschlossen worden. Nur gäbe es das bislang für Mecklenburg-Vorpommern erfolgreiche Konversionsprogramm nicht. Gegen dieses wesentlich von der damaligen PDS initiierte und für die Standortkommunen

wichtige Hilfsprogramm hat sich die damalige CDU-Opposition mit Händen und Füßen gewehrt. Auch nach der Übernahme der Regierungsverantwortung 2006 ist dieses Programm in einen Dornröschenschlaf verfallen und konnte erst durch mehrfache Aufforderung durch die Linksfraktion und die Konversionskommunen wieder zum Leben erweckt werden. Doch dazu schweigt Caffier lieber und erfindet statt dessen irgendwelche Legenden.

**Peter Ritter**, friedenspolitischer Sprecher des Landesvorstandes der LINKEN und Landtagsabgeordneter




**vom 22.12. bis 27.12.2010**  
**Weihnachtsüberraschung**

5 Übernachtungen mit Frühstück im komfortablen Hotelzimmer, weihnachtlicher Nachmittag mit Überraschungen, trad. Thüringer Weihnachtessen, Feuerzangenbowle, ein festliches Mittagsgedeck, geselliger Abend mit Programm und dreiteiligem Wildmenü

Preis für 2 Personen im Doppelzimmer **499,- Euro**

Verlängerung des Aufenthaltes sowie Aufbettungen f. Kinder möglich. Buchbar ab sofort.  
Schmücker Straße 20 · 98716 Elgersburg  
Tel. 03677 79800 · www.hotel-am-wald.com

## Das »BUNTE Q« ist eröffnet

Am 9. Oktober 2010 wurde endlich nach harter und ausdauernder Arbeit die Projektwerkstatt eröffnet. Es wird das Ziel sein, bis Mai kommenden Jahres einen durchgehend geöffneten Raum für soziale und bildende Aktionen anzubieten. Ebenso soll die Projektwerkstatt für Buchvorlesungen, Nachhilfeunterricht, für Themenabende dienen und als Projektschmiede im kulturelle Gedächtnis Schwerins verankert werden. Die Bürger Schwerins sollen spüren: »Ich will was verändern, ich will mitgestalten – und hier kann ich es tun.« Der Eröffnung ging ein jahrelanger Prozess von Mitgliedern der Linken voraus, den Menschen in Schwerin, die nicht zwingend Mitglieder der Partei sein müssen, eine Chance zur Mitgestaltung und Teilhabe am soziokulturellen, politischen Leben zu ermöglichen. Weiter war es den Aktiven wichtig, aktuelle regionale Themen in die Vereine und Verbände tragen zu können, um Bündnisse und Knotenpunkte zu schaffen.

Diese Ideen waren im damaligen Europabüro nicht mehr umsetzbar, nachdem André Brie kein Abgeordneter mehr war und im alten Kreisvorstand kein Interesse an »derartiger« Arbeit bestand. »Derartige« Arbeit scheint aber außerhalb des KV Schwerin lohnend und notwendig, zu sehen am Beispiel des Zuspruchs und von Spenden von überregionalen Vereinen und Verbänden. Hier sei als Beleg die BO Hannover/Springe genannt, die hier enormes Potenzial zu sehen scheint. Auch der Landesverband des VVN/BdA sei erwähnt, der in Schwerin nun eine repräsentative Geschäftsstelle gefunden hat.

Interessant in diesem Zusammenhang ist der Entwurf des Bundesparteiprogrammes Die LINKE, in dem es sinngemäß heißt, »dass ein Umdenken in der Gesellschaft« nur dann möglich ist, wenn man in die Vereine und Verbände geht, ja geradezu in außerparlamentarischen Bewegungen aktiv sein muss, um den demokratischen Sozialismus salonfähig zu machen. In diesem Punkt war es dem alten Kreisvorstand leider nicht möglich, uns zu unterstützen. Deshalb war es ein richtiger Schritt, die Projektwerkstatt ins Leben zu rufen. Zeigt es doch, dass einige Schweriner das Ziel nicht aus den Augen verloren haben und, was ebenso wichtig ist, den Kontakt zu bürgerlichen Strukturen als ein lohnendes Ziel erachten. Neben dem VVN/BdA, Aufbruch Links und der AGJG haben viele weitere Vereine, Gruppen und Ver-

bände sowie Einzelpersonen aktiv und tatkräftig an der Gründung, Gestaltung und Eröffnung mitgewirkt. Zum Beispiel: Attac Schwerin, die Bunten, das Mathematik-nachhilfeprojekt Torsten Müller, cuba si, der Freundeskreis für ein bedingungsloses Grundeinkommen, die Osteuropa-Freundschaftsgesellschaft MV, die Venezuela Initiative, aber auch Teile der Gewerkschaften ver.di und DGB und die Initiative »Weg mit Hartz IV«. Der Vorsitzende des DGB Region HRO/SN ist von dem Projekt sehr angetan und äußerte sich auf der Eröffnung mehrfach positiv zur Projektwerkstatt, die ein Konzept vertritt, »das so noch nicht gesehen wurde«. Auch der Vorsitzende des ver.di-Fachbereichs 03 Bezirk Schwerin ist ein Befürworter, der es nicht an Lob zu der bisher geleisteten Arbeit und den gesetzten Zielen mangeln ließ.

Zur Taufe der neuen Projektwerkstatt fanden sich zwischenzeitlich 40 Menschen ein, die es sichtbar genossen, solch einen Zuspruch zu spüren. Zeigte sich doch durch die vielen Gespräche, wie wichtig und notwendig diese Anstrengungen sind. Vertreter von verschiedenen Basisorganisationen DIE LINKE, anderer linken Parteien, sozialen Vereinen und Verbänden kamen sich bei einem Glas Sekt, einem reichhaltigen Buffet und der Taufe der Werkstatt näher. Einige neue Ideen entstanden in der lockeren Runde. Mehrfach war allerdings die Frage zu hören, wo denn Vertreter des Kreisvorstandes oder der Stadt-Fraktion der LINKEN seien. Aktivitäten im »BUNTEN Q« waren bisher die Treffen der einzelnen Gruppen, kostenlose Nachhilfe in Mathe, Deutsch, Englisch, regelmäßige Filmvorführungen, ein Spanisch-Kurs für Anfänger, Kinder-Krabbel-Stunde und Basteln mit Kindern, Buchlesungen, Themenabende mit Gästen (mit einem politischen Aktivisten aus Ghana), demnächst mit einem Gast aus Kuba, Nachhilfe für Migranten, um nur einige zu nennen.

Ausgestattet ist das »BUNTE Q« mit Kinderecke, Küche, großzügigem Versammlungsraum und einem weiteren Zimmer für kleinere Gesprächsrunden. Falls weitere Genossen dieses Projekt – in welcher Form auch immer – unterstützen wollen und falls sie mehr über das »BUNTE Q« erfahren möchten, sollten sie sich nicht scheuen, dem »BUNTEN Q« einen Besuch abzustatten. Unsere Türen stehen offen. Mehr Infos: www.buntes-q.info, Tel. 0385 4781801

**Torsten Müller, Ulla Marek, Karsten Jagau**

## Herzliche Glückwünsche



Die Basisorganisation 207 in Lankow gratuliert recht herzlich der Genossin Friedel Buschhosen nachträglich zum Geburtstag, verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen.

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 308 auf dem Großen Dreesch gratulieren recht herzlich Genossin Adolphine Bergmann am 1. 10. zum 84. und Genossen Fred Nitzke ebenfalls am 1. 10. zum 86. Geburtstag.

Nachträgliche Glückwünsche erhält unser Genosse Klaus Freier von den Genossinnen und Genossen seiner Basisorganisation.

Ebenfalls nachträgliche Glückwünsche von der Stadtteilorganisation Friedrichsthal gehen an Genossen Helmut Herzog und Genossen Walter Lederer, die im Monat Oktober Geburtstag feierten. Glückwünsche zum Geburtstag erhalten von den Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 321 am 1. 11. zum 74. Genosse Heinz Pawlitzok, am 7. 11. Genosse Hans Schmah zum 78. und am 19. 11. Genosse Karl-Heinz Werther zum 57. Dazu alles erdenklich Gute.

Nachträglich erhalten Glückwünsche zum Geburtstag Genossin Birgit Trübe und Genossin Ingrid Kratschke von den Genossinnen und Genossen der Stadtteilorganisation Krebsförden.



Die nächste und letzte Ausgabe für dieses Jahr erscheint am **3. Dezember 2010**

DIE LINKE. Schwerin - Kreisgeschäftsstelle  
Martinstraße 1/1a - 19053 Schwerin  
Tel.: 0385 / 7587454

## Cuba si Besuch aus Kuba

Adis Dolores Cintra ist vom 2. bis 4. 11. 2010 Gast der AG Cuba si, der Partei DIE LINKE, Schwerin

### Unser Veranstaltungsplan

**Dienstag, 2. 11., 10.00 Uhr:**  
Besichtigung der Milchviehanlage in Banzkow

15.30 bis 16.30 Uhr:  
Empfang bei der Oberbürgermeisterin

**Mittwoch, 3. 11., 9.30 Uhr:**  
Besuch der Kita »Igelkinder«  
11.00 Uhr:

Stadtführung

15.30 Uhr:  
Gespräche und Filmvorführung mit unserem Gast im Bunten Q,  
Lübecker-Straße 180

Interessenten sind herzlich eingeladen und melden sich bitte unter der Tel.-Nr. 710227 (Anrufbeantworter ist für alle Fälle bereit)

Wir freuen uns auf Euch

**Eure AG Cuba si**